

Gibt es eine "Internet-Regierung"?

Icann - die Abkürzung von "Internet Corporation for Assigned Names and Numbers" - ist eine amerikanische, dem US-Handelsministerium unterstellte Behörde, die im Jahre 1998 zur Verwaltung des Internet gegründet wurde und die im Umfeld des UN-Weltgipfel der Informationsgesellschaft in Tunis immer wieder als "Regierung des Internet" durch die Presse geisterte.

Wer sich jetzt wundert, dass es so etwas wie eine "Internet-Regierung" überhaupt geben soll, wundert sich nicht ganz zu unrecht – im klassischen Sinne gibt es sie nämlich auch nicht. Die Icann erlässt keine Regeln oder gar Gesetze, sie übt keine Kontrolle aus, verhängt keine Sanktionen und sperrt auch niemanden ins Gefängnis.

Sondern sie kümmert sich um technische Standards des Internet, sie ist eher eine KFZ-Meldestelle als eine Regierung. Dass sie dennoch immer wieder als "Regierung" bezeichnet wird, liegt daran, dass sie sich nicht um irgendwelche technischen Standards kümmert, sondern um die Fundamente des Internet selbst.

Die Icann koordiniert die 13 Root-Server des Internet. Das sind gewissermaßen die zentralen Telefonbücher des Internet, deren Aufgabe hauptsächlich darin besteht, eine IP-Nummer einer Internet-Adresse zuzuordnen. Wenn ein Computer im Internet nicht weiß, zu welcher Nummer er muss, wenn jemand die Internet-Adresse "www.computerwissen.de" eintippt, dann landet seine Anfrage früher oder später bei einem der Root-Server, der sie an den zuständigen DNS-Server weiterleitet, der die Anfrage schließlich mit "217.115.154.110" beantwortet.

Wer diese Root-Server kontrolliert, der kontrolliert in letzter Instanz auch den gesamten Datenverkehr. Wenn zum Beispiel die Icann von heute auf morgen beschließen sollte, dass die Top-Level-Domain für Deutschland (".de") nicht mehr benötigt wird und sie aus den Verzeichnissen der Root-Server löscht – dann sind Webserver in Deutschland von andern Ländern aus nicht mehr zu erreichen (zumindest nicht ohne erheblichen technischen Aufwand).

Die Icann hat also durchaus sehr viel Macht – wenn auch nicht in der absoluten Form, wie sie ihr manchmal zugeschrieben wird. Selbst wenn die Icann in völliger geistiger Umnachtung alle 13 Root-Server abschalten würde, würde das Internet zwar sehr schwer geschädigt, aber nicht vollständig zusammenbrechen. Und der Schaden wäre auch nicht dauerhaft, sondern könnte durch alternative Modelle kompensiert werden. Selbst der denkbar größte Machtmissbrauch der Icann führte also nicht zum völligen Desaster, sondern nur zu einer zwar sehr schwierigen, aber durchaus zu bewältigenden Situation.

Doch das ist reine Fantasterei, zu der das Verhalten der Icann auch nicht den leisesten Anlass gibt. Im Gegenteil: die Icann hat sich geradezu mustergültig um die technischen Standards gekümmert und sich aus allen inhaltlichen oder politischen Diskussionen herausgehalten. Außerdem untersteht die Icann zwar formal dem US-Handelsministerium, ihre Direktorium aber ist international besetzt und weist 18 Vertreter aus aller Welt auf.

Die enge Anbindung der Icann an die USA und die Tatsache, dass viele der 13 Root-Server auf amerikanischem Boden stehen, ist allerdings nicht ganz unproblematisch. Denn auch wenn das Internet seine

Ursprünge in den USA hat, so ist es doch heute ein globales Netzwerk, bei dem viele Länder die amerikanische Dominanz mit Skepsis betrachten – selbst wenn diese Dominanz bislang nicht zur politischen Einflussnahme missbraucht wurde.

Aus diesem Grund stand das Thema "Icann" in Tunis auf der Tagesordnung, es gab im Vorfeld allerlei Unruhen, Bekanntmachungen, Statements und so weiter. Unterm Strich aber haben sich alle Beteiligten auf einen Kompromiss geeinigt. Die Icann behält ihre Funktion und an den bewährten Grundstrukturen ändert sich nichts. Aber es wird ein internationales Forum namens "Internet Governance Forum" geben, das der Icann beratend zur Seite steht und über das die nationalen, zivilstaatlichen und wirtschaftlichen Interessen in einem globalen Netzwerk vertreten werden. Dieses Forum soll vom UN-Generalsekretär Kofi Annan einberufen werden und erstmals im zweiten Quartal 2006 in Griechenland tagen. Auch nach dem Gipfel in Tunis gibt es also keine "Internet-Regierung" – und das ist auch gut so.